

**Tempo 30  
Stellungnahme von Roger Neukom zur Beantwortung  
der Interpellation vom 04.12.2006  
betreffend Gemeinderatsbeschluss vom 02. April 2003**

**Gemeinderat-Sitzung vom 07.03.2007**

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Geschätzte Damen und Herren

Zunächst möchte ich mich beim Stadtrat für die Beantwortung unserer Fragen bedanken.

Wie alle Mitglieder des Gemeinderates und auch des Stadtrates wissen, ist zur Zeit immer noch die Aufsichtsbeschwerde von Max Stenz und weiteren 18 Mitunterzeichnern aus dem Gemeinderat beim Bezirksrat Horgen im Zusammenhang mit Tempo 30 hängig.

Max Stenz orientierte uns anlässlich der letzten Gemeinderatssitzung, dass die Stadt, um ihre Belange besser beim Bezirksrat vertreten zu können, einen Anwalt im Zusammenhang mit der Aufsichtsbeschwerde engagiert hat. Nach zwei Fristerstreckungen beim Bezirksrat durch den Stadtrat bzw. dessen Anwalt ist somit ist nicht damit zu rechnen, dass eine Antwort seitens des Bezirkrates vor Anfang Mai 07 erfolgen wird.

Zu den Antworten des Stadtrat auf unsere Fragen bezüglich der Interpellation:

**Frage 1: Wer hat zu welchem Zeitpunkt die Änderung des Gemeinderatsbeschlusses angeordnet?**

Der Stadtrat widerspricht sich bereits im ersten Satz. Er teilt dem Gemeinderat mit, dass er sich aufgrund eines Konzeptes für die Einführung von Tempo 30 entschieden hat. Weiter unten schreibt er, dass das Dokument vom Verkehrsplanungsbüro Schneider-Hasler den Detaillierungsgrad eines Vorprojektes hatte.

Ich teile Ihnen mit, dass ein Konzept kein Vorprojekt ist!  
Interessant ist für mich, dass auch plötzlich von einem Stadtratsbeschluss vom 18.07.2006 (SRB 202/06) gesprochen wird. Als ich im November 06 bei Bruno Aebischer anfragte, ob er mir sämtliche Stadtratsbeschlüsse im Zusammenhang mit Tempo 30 zustellen könne, hat er mir freundlicherweise den Stadtratsbeschluss vom 2.11.04 (SRB 303/04) gesandt. Meines Wissens war zu diesem Zeitpunkt keine Rede von einem weiteren Stadtratsbeschluss. Und wenn, frage ich mich, weshalb dieser verheimlicht wurde.

Wenn sich der Stadtrat schon auf den Antrag an den Gemeinderat bezieht und die Diskussion anlässlich der Gemeinderatssitzung vom 02.04.03 zitiert, und darauf explizit in der Antwort auf die Voten Aeberli, Steinmann und Grob hinweist, woraus der Stadtrat schliesst, dass Anpassungen in der Kompetenz des Stadtrates liegen, wäre es nichts als fair, auch zu sagen, dass im Gegenzug die Voten des Altstadtrates Aeberli in keiner Art und Weise in der weiteren Planung berücksichtigt oder umgesetzt wurden. Ich erinnere nochmals an die Voten von Hans Aeberli und werde Ihnen ein zentrales Votum nochmals aufzeigen.

Den ganzen Text können Sie im Protokoll des Gemeinderat vom 20.12.2006 entnehmen anlässlich meiner Fraktionserklärung.

**Zitat Alt Stadtrat Aeberli GR Sitzung vom 02.04.03** „Der Stadtrat interpretiert den Volkswillen dahingehend, dass man Tempo 30 nur dort will, wo dies auch tatsächlich sinnvoll ist. Dort, wo die Verwirklichung ohne grosse baulichen Massnahmen erfolgen kann und vom Automobilisten auch tatsächlich akzeptiert wird, ohne dass er sich schikaniert vorkommt.  
**(ende Zitat)**

Meine verehrten Damen und Herren, jetzt müssen sie mir einmal sagen, wo dieser Leitsatz von Altstadtrat Aeberli umgesetzt wurde? Wenn Sie den Reaktionen in den letzten Wochen und Monaten in der Presse und aus der Bevölkerung, die sie Frauen und Herren Stadträte vielfach auch direkt persönlich angeschrieben haben, ein wenig sensibilisiert und mit offenen Ohren und Augen entgegensehen würden, dann ist ihr jetziges Verhalten wohl kaum erklärbar.“

## **Frage 2: Wie begründet der Stadtrat diese substantielle Änderung des Gemeinderatsbeschlusses?**

Es geht in keiner Art und Weise darum, dass der Einbezug der Rüti-, Kopfholz und Obertillstrasse in die Zone 16 auf weniger als 8 % des Rahmenkredites zu stehen kommt. Es kann auch nicht sein, dass Gemeinderatsbeschlüsse aufgrund einzelner weniger Begehren der Anwohnerschaft plötzlich anders umgesetzt werden. Es gibt auch die andere Seite der Anwohnerschaft, die dies an der Rüti- und Kopfholzstrasse nicht so sieht, wie die Leute, die dieses Begehren eingereicht haben. Nur weil die Leute, die die Begehren an der Rütistrasse eingereicht haben, der gleichen Partei angehören wie unsere Tiefbauvorsteherin, berechtigt dies noch lange nicht, auf die Begehren einzutreten. – Was müssen denn all die Leute denken, deren Anliegen nicht berücksichtigt wurden. An der Hofackerstrasse z.B. waren sich sämtliche(!) Anwohner einig, dass sie keine einzige Verbauung brauchen. Trotzdem wurden den Einwohnern hässliche Verbauungen vor die Häuser gestellt. (Diese Anwohner gehören wohl anderen Parteien an als die Tiefbauvorsteherin.) Der Gemeinderatsbeschluss bleibt der gleiche und muss konsequent umgesetzt werden. Wenn der Stadtrat überzeugt ist, etwas anderes machen zu müssen, als der Gemeinderat beschlossen hat, erwarte ich Information, Kommunikation und Transparenz, wie das im Leitbild immer wieder angepriesen wird. In Sachen Kommunikation verstehe ich sowieso einiges nicht in unserem Exekutivgremium. Wir haben doch ausgewiesene Spezialisten und Fachleute in Sachen Kommunikation im Stadtrat. Ich erwarte, dass sämtliche Mitglieder des Stadtrates ihrer ureigensten Aufgabe der Kommunikation mit der Bevölkerung persönlich nachkommen und nicht, wie praktiziert, zunehmend externe Fachstellen damit beauftragen die zusätzlich vom Steuerzahler finanziert werden müssen.

## **Frage 3: Auf welcher Rechtsgrundlage hat er diese Änderung vorgenommen?**

Zu dieser Frage möchte ich eigentlich nichts sagen, das wird der Bezirksrat entscheiden. Ich bin überzeugt, dass der profilierte Anwalt Professor Dr. jur. Thomas Poledna alles versuchen wird, es so hinzukriegen und zu drehen, dass der Stadtrat am Ende mit einer weissen Weste dasteht, natürlich auf Kosten der Steuerzahler.

## **Frage 4: Weshalb hat der Stadtrat den Gemeinderat darüber nicht informiert?**

Dass der Stadtrat die Erweiterung einer einzigen Zone rechts der Sihl nicht als substantiell eingestuft hat, ist eine schwere Unter- und Fehleinschätzung. Der Stadtrat sollte vermehrt auf den Puls der Bevölkerung und des Gemeinderats hören und sich nicht auf externe Berater verlassen, die keine Sensibilität für Adliswil haben. Wenn für alles und jedes immer wieder Berater beigezogen werden, ist mir schon klar, dass mit der Zeit der Kontakt und der Draht zur Bevölkerung abbricht.

An dieser Stelle auf den Geschäftsbericht 2004, Ziff. 4.4.2 zu verweisen, finde ich absolut bedenklich. Ich gehe nicht davon aus, dass der Stadtrat im Ernst davon ausgegangen ist und aus Sicht des Stadtrates ausgegangen werden kann, dass ein Gemeinderat im Geschäftsbericht etwas sieht, das der Stadtrat nicht willentlich im Sinne des Gemeinderates umgesetzt hat. Meine Damen und Herren, hier geht es um Treu und Glauben! Ein Gemeinderat muss darauf vertrauen können, dass die Beschlüsse so umgesetzt werden, wie sie vom Stadtrat beantragt und vom Gemeinderat beschlossen werden. Sich auf eine Abstimmung des Geschäftsberichtes zu beziehen und davon auszugehen, dass alles im Sinne des Gemeinderates ist, wenn der Geschäftsbericht abgenommen ist, obwohl die Beschlüsse des Gemeinderates nicht eingehalten werden, finde ich eine Zumutung!

**Frage 5: Ist sich der Stadtrat der Folgen für den Ortsbusbetrieb (Fahrplanstabilität) bewusst?**

Ich hatte auch Kontakt mit der VBZ und bin heute überzeugt, dass kein enger Kontakt zwischen der Projektleitung Tiefbau Adliswil und der VBZ in weiten Teilen der Projektumsetzung von Tempo 30 bestanden hat. Ein Vergleich mit der Stadt Zürich ist hinfällig, da wir in Adliswil eine andere Situation haben. Spricht man mit den Ortsbuschauffeuren und den Chauffeuren des 184ers, sieht dies ganz anders aus. Da ist keine Rede von 20 Sekunden Zeitverlust auf den Fahrplan sondern die Praxis zeigt ein ganz anderes Bild. Aber ich gehe davon aus, dass die betroffenen Stadträte wenig mit Bussen fahren und daher den Frust der Buschauffeure und der Passagiere nicht spüren.

Ich finde es schade, dass sich der Stadtrat bei seinen Aussagen in Sachen Tempo 30 immer wieder hinter der Kantonspolizei versteckt. Nach Gesprächen mit der Kapo wurde mir ganz klar mitgeteilt, dass für die Umsetzung und das Konzept von Tempo 30 in der Gemeinde diese verantwortlich ist. Sie muss das Projekt und Konzept zwar einreichen, und bewilligen lassen. Aber nur, wenn ganz extrem auf die eine oder andere Seite bauliche Massnahmen in Tempo-30-Zonen also gar keine oder massiv zu viel vorgenommen werden, würde sich die Kantonspolizei zu Wort melden. Alles andere liegt in der Kompetenz der Gemeinde. Das Tiefbauamt stützt sich einfach zu fest auf seine Berater ab. Wenn schon der Berater von der Umsetzung Tempo 30 von links der Sihl zu rechts der Sihl wechselt, sind auch der zuständige Projektleiter und die Ressortvorsteherin verantwortlich, dass mit dem neuen Berater die baulichen Massnahmen Tempo 30 so umgesetzt werden, dass Akzeptanz in der Bevölkerung vorhanden ist.

**Frage 6: Zieht der Stadtrat aus diesem Vorfall irgendwelche Konsequenzen?**

Ueber die Pressemitteilungen, wie der Stadtrat in den letzten Wochen und Monaten in Sachen Tempo 30 informiert hat, kann man sich tatsächlich streiten. Darunter hat es Pressemitteilungen, die sind sicher nicht von Kommunikationsprofis geschrieben wurden. Zum Beispiel in der Pressemitteilung vom 17.01.07 wurde zwar etwas gesagt, niemand wusste aber wie was und wo und somit war die Verunsicherung in der Bevölkerung nur noch grösser.

**Frage 7: Wie will der Stadtrat sicherstellen, dass in Zukunft die Gemeinderatsbeschlüsse befolgt und nicht übergeht?**

Wenn aus Sicht des Stadtrates der Handlungsspielraum so gross ist, dass vereinzelte Strassen ohne Zustimmung des Gemeinderates mit Tempo 30 umgesetzt werden können, dann kann man sich wirklich fragen, ob es den Gemeinderat noch benötigt und in welcher Funktion. Wir sind ein Kontrollorgan und verpflichtet, im Auftrag der Bürger zu schauen, dass die Exekutive innerhalb ihrer Leitplanken agiert und auch künftig im Sinne des Bürgers bzw. deren Vertreter im Gemeinderat die Beschlüsse umsetzt.

Leider war dies in den vergangenen Monaten in Sachen Tempo 30 nicht immer so. Es freut mich jedoch sehr, dass der Stadtrat die Beschlüsse des Gemeinderates selbstverständlich in Zukunft respektieren und befolgen wird, was er jedoch zuerst beweisen muss. Ich jedenfalls werde dem Stadtrat erst wieder vertrauen, wenn einer offenen und transparenten Informationspolitik auch entsprechende Taten folgen, die nicht im Widerspruch zu getätigten Aussagen liegen!

Ich rate dem Stadtrat und insbesondere der Ressortvorsteherin Tiefbau dringend, bei zukünftigen Strassenprojekten ihre Berater zu wechseln und echte Problemlösungen von Verkehrsproblemen zu suchen und ihre „Schikanenpolitik“ aufzugeben.

Roger Neukom  
Gemeinderat u. Fraktionspräsident FDP